Warum die Muslimbruderschaft eine Bedrohung für Israel und Europa ist

Die Muslimbruderschaft sei der «ideologische Motor des Extremismus», warnt der frühere israelische Minister Ayoob Kara in seinem Kommentar auf JNS.org und erklärt, warum die Muslimbrüder Israel und Europa gefährden. «Die Frage ist nicht mehr, ob diese Organisation gefährlich ist. Die Frage ist, ob freie Gesellschaften den Mut finden werden, sich zu verteidigen».

Seit Jahren versuchten Politiker in Israel und ganz Europa, die politische Fassade der Muslimbruderschaft von ihrem extremistischen Fundament zu trennen. Sie hofften, dass die Auseinandersetzung mit dem «moderaten»“ Vokabular der Bruderschaft Stabilität fördern, muslimische Gemeinschaften integrieren und als Schutzwall gegen gewalttätigen Radikalismus dienen könnte, so Kara.

Doch die Ereignisse in Europa – gestützt durch zahlreiche Geheimdienstberichte aus Frankreich, Belgien und dem Europäischen Parlament – zeigten, dass diese Strategie gefährlich fehlgeleitet ist. «Die Bruderschaft ist keine Alternative zum Extremismus. Sie ist der ideologische Motor, der ihn antreibt».

Am 23. November versammelten sich in Den Haag über 70 Experten, die eine einheitliche Warnung aussprachen: Die Muslimbruderschaft stelle eine «globale Bedrohung für Frieden und Sicherheit» dar. Grundlage seien «harte Fakten» und Erfahrungen europäischer Städte mit Radikalisierung, Antisemitismus und Terror.

Nicht nur eine Religion, sondern ein politisches System

Zentral sei die Weltanschauung der Bruderschaft. Sie basiert auf einer einzigen Prämisse: Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern ein politisches System, das dazu bestimmt ist, alle anderen zu ersetzen. Europäische Geheimdienstberichte dokumentierten das Ziel, Gesellschaften durch einen «zivilisatorisch-dschihadistischen Prozess» von innen heraus umzugestalten. Wie er ehemalige niederländische Politiker Henry Van Bommel betont, sei dieser Prozess langsam, strategisch und laufe über Gemeinschaftsorganisationen, Studentengruppen, religiöse Institutionen, NGOs und Lobby-Netzwerke. Das Gefährliche sei die Fähigkeit, «demokratische Instrumente zu nutzen, um eine antidemokratische Ideologie voranzutreiben».

Für Europa hänge der Kampf gegen Parallelgesellschaften und Radikalisierung direkt mit dem Einfluss der Bruderschaft zusammen. Für Israel sei die Bedrohung noch unmittelbarer, da die Hamas der palästinensische Ableger der Bruderschaft ist. Die Bruderschaft legitimiere nicht nur deren Gewalt, sondern liefere die

ideologische Basis: von Schulbüchern über Predigten bis zur Online-Propaganda. Die Massaker vom 7. Oktober seien «keine Ausnahmeerscheinung», sondern physischer Ausdruck einer jahrzehntelang entwickelten Doktrin.

Auch in Europa sei der Einfluss sichtbar – etwa in Demonstrationen, «bei denen jüdische Gemeinden bedroht werden», und in der Verbreitung antisemitischer und radikaler Slogans. Behörden hätten bestätigt, dass mit der Bruderschaft verbundene Organisationen Strassenunruhen und Spaltungen fördern.

Bruderschaft stellt sich als Opfer von Rassismus dar

Die Bedrohung liege ebenso in der Infrastruktur: ausländische Finanzierung über NGOs, Nutzung staatlicher Fördergelder, Rekrutierung von Jugendlichen für Konflikte im Ausland, etwa aus Nigeria, Pakistan und Bangladesch, Untergrabung von Integrationspolitik, Einschüchterung innerislamischer Dissidenten und Einflussnahme auf kommunale und nationale Politik.

Julio Levit Koldorf beschrieb in Den Haag ein Paradoxon Europas: Linke Aktivisten «verteidigen blind eine Bewegung», die sich gegen Demokratie, Menschenrechte, Geschlechtergleichheit, LGBTQ+-Rechte und säkulare Staatlichkeit wendet. Die Bruderschaft stelle sich als Opfer von Rassismus dar, während sie Freiheiten untergrabe, die Minderheiten eigentlich schützen sollen.

Die iranisch-belgische Aktivistin Fahimeh Il Ghami sagte: «Wenn eine Organisation verdeckte Finanzierungen, Einschüchterungen oder Extremismus betreibt, muss das Gesetz reagieren.» Oft seien Muslime selbst die ersten Opfer – Frauen, Dissidenten, säkulare Reformer und Minderheiten.

Nicht Toleranz, sondern Fahrlässigkeit

Ein von islamistischen Netzwerken beeinflusstes Europa wäre «feindseliger gegenüber Israel» und anfälliger für Manipulation durch den Iran, Katar und die Türkei – Staaten, die seit Langem Ableger der Bruderschaft unterstützen.

Für Europa sei die Erfahrung Israels eine Warnung: Die ideologischen Wurzeln des Extremismus zu ignorieren, sei keine Toleranz, sondern Fahrlässigkeit. «Die Bedrohung durch die Bruderschaft ist transnational. Die Reaktion darauf muss es ebenfalls sein, schreibt Kara und schliesst: «Die Frage ist nicht mehr, ob die Muslimbruderschaft gefährlich ist, sondern ob freie Gesellschaften den Mut finden

werden, sich zu verteidigen».

Quelle: jns.org (ungekürzte, englische Originalfassung)